

sondern, wie es im Grundgesetz der westdeutschen Bundesrepublik ausdrücklich heißt, nur seinem Gewissen verantwortlich und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.³

Eine Überwindung des bürgerlichen Parlamentarismus ist nur dann wirklich gewährleistet, wenn ein ganzes System ständiger und enger Wechselbeziehungen zwischen Vertretungskörperschaften und Bevölkerung, zwischen Abgeordneten und Wählern geschaffen und ausgebaut wird. Dieses System muß gewährleisten, daß die Bürger stets und täglich wirksamen Einfluß auf ihre Machtorgane ausüben können und zugleich eine wirksame Verantwortlichkeit der Volksvertretungen vor der Bevölkerung hergestellt wird. Die Rechenschaftspflicht der Abgeordneten gegenüber den Wählern stellt nur einen, wenn auch wichtigen Teil dieses umfassenden Systems der lebendigen Wechselbeziehungen zwischen Volksvertretungen und Bevölkerung dar.

Daraus ergibt sich, daß die sozialistische Demokratie nicht mit der „repräsentativen“ Demokratie oder einem beliebigen parlamentarischen System verglichen werden kann.⁴ Sie ist vielmehr ein gesellschaftliches Gesamtsystem völlig neuer Qualität, das von der kleinsten Gemeinde bis zum obersten staatlichen Machtorgan alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Menschen umfaßt und einschließt, den einzelnen Bürger nicht von der staatlichen Macht absondert, sondern ihn ständig und zunehmend in sie einbezieht. Dieses System muß als lebendiger Organismus fortwährend entwickelt, das heißt entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und dem Wachstum des gesellschaftlichen Bewußtseins vervollkommen werden. In diesem System sind Formen, in denen der Bürger selbst, ohne Vermittlung durch seine gewählten Vertreter gesellschaftlich tätig wird (z. B. Ein-

3 Artikel 38 des Bonner Grundgesetzes.

4 Die Repräsentativdemokratie, in der die Bürger in regelmäßigen Abständen, normalerweise an Sonntagen, ihr Parlament wählen, schwebte fortschrittlichen bürgerlichen Staatsphilosophen einst als mögliche Lösung der von ihnen für praktisch unlösbar gehaltenen Volkssouveränität vor. Heute gilt auch sie in entwickelten imperialistischen Staaten verbreitet schon als veraltete Illusion und wird mit erheblichem scheinwissenschaftlichem Aufwand für den Beweis der angeblichen historischen Überlebtheit des Parlaments wie der Demokratie überhaupt und den Anbruch des technokratischen Zeitalters mit der angeblich unausbleiblichen Herrschaft der Experten und Manager bekämpft, um den autoritären antidemokratischen Staatskonzeptionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ideologisch Platz zu schaffen.